Rundbrief 02 / 13

attac

Blockupy

Protest gegen das europäische Krisenregime am 31. Mai und 1. Juni



Foto: David Firle

Inhalt

Interview
Alter Summit – 2 –
Hintergrund
Vermögensabgabe – 3 –
Position
Der Paritätische Gesamtverband zur Umfairteilen-Kampagne – 4 –
Europa
Landnahme in Rumänien – 5 –
Kalender
Rückblick und Ausblick – 6/7 –
Portrait
Die Frau hinter der SoAk – 8 –
Aktiv
Blockupy – 9 –
Umverteilen-Kongress – 9 –
Kiosk
Neue Publikationen – 10 –

1 EUR 50

Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, jetzt Zypern und möglicherweise bald Slowenien – die Liste der Länder, die unter das Diktat der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds gezwungen werden, wird immer länger. Für viele Menschen, die in diesen Ländern leben, bedeutet dies eine existentielle Krise, die immer häufiger sogar tödlich endet. Denn Folgen dieses Diktats sind nicht nur Demokratieabbau und Massenarbeitslosigkeit, sondern auch Zwangsräumungen von Wohnungen und das Kollabieren der Gesundheitssysteme. Menschen sterben, weil ihnen lebensnotwendige Medikamente vorenthalten werden. Vor allem die junge Generation wird vor die Alternative gestellt, entweder ein Leben in bitterster Armut zu führen oder auszuwandern.

Die EZB ist von den drei Institutionen, die zusammen die Troika bilden, diejenige, die am engsten mit der Finanzindustrie verbunden ist. Das spiegelt sich auch in ihrer Krisenpolitik wider. Der Bankensektor hat in den vergangenen Monaten mehr als 1 Billion Euro zusätzlicher Kredite zu Traumkonditionen erhalten. In der Troika macht die EZB sich dafür stark, diese Summen durch Sozialabbau und Steuererhöhungen, die zu einem überproportionalen Anteil die unteren Bevölkerungsschichten treffen, wieder hereinzuholen. Will eine Regierung diese Bedingungen nicht akzeptieren, dann wird sie von der EZB regelrecht dazu erpresst, in dem sie droht, das Land von einem Tag auf den anderen von ihrer Kreditversorgung abzuschneiden.

In den gegenwärtigen Kämpfen geht es auch darum, welche Ansprüche künftig Vorrang haben sollen. Sind es Menschrechte wie die auf medizinische Versorgung, eine Wohnung und ein würdiges Leben im Alter, oder sind es Ansprüche der Finanzindustrie und der hinter ihr stehenden Vermögen auf Rendite und das Interesse an billiger Lohnarbeit, um im kapitalistischen Wettbewerb zu bestehen? Die Verarmungs- und Privatisierungsprogramme, die schon vor Jahrzehnten den Ländern des globalen Südens aufgezwungen wurden, sind jetzt in Europa angekommen. Die deutsche Agenda 2010 war nur ein Modellprojekt für das, was in noch dramatischerem Umfang insbesondere in Südeuropa durchgesetzt wird. Und mit Plänen wie dem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit wird längst daran gearbeitet, diese EU-weit zu verallgemeinern.

Deshalb geht es jetzt darum, ob soziale Rechte künftig respektiert werden müssen oder achtlos beiseite geschoben werden können – mit einer Krisenpolitik, die gerade auch von der Bundesregierung vehement vertreten wird. Wo dies bereits stärker spürbar ist, haben die Menschen das begriffen und leisten täglich Widerstand. Es ist höchste Zeit, es ihnen gleich tun. Blockupy ist ein längst überfälliges, starkes, buntes und lautes Zeichen in der Stadt der EZB gegen die Verarmungspolitik des autoritären europäischen Krisenregimes und für die Durchsetzung sozialer Rechte, gegen alle nationalistischen Parolen und für europäische Solidarität.

Stephan Lindner, Mitglied im Attac-Rat und Projektgruppe Eurokrise

www.attac.de/blockupy2013
www.blockupy-frankfurt.org

Eine europäische Stimme

Auf dem Alter Summit in Athen geht es um konkrete Strategien gegen die Austeritätspolitik



Der Alter Summit hat sich zum Ziel gesetzt, mit möglichst vielen europäischen Initiativen konkrete Alternativen zur neoliberal getriebenen Sparpolitik in Europa auf die politische Agenda zu bringen. Der erste große Schritt dahin ist eine Konferenz am 7. und 8. Juni in Athen. Karsten Peters vertritt Attac bei der Vorbereitung des Gipfels.

Was ist der Alter Summit?
Auf den ersten Blick klingt das wie ein einzelner Alternativgipfel, aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Am 7. und 8. Juni findet zwar der Alter Summit in Athen statt, das Ganze ist aber nur ein Schritt unter weiteren. Schon jetzt ist ein Nachfolgetreffen Ende Juni in London geplant. Die Idee dahinter ist, einen Prozess anzustoßen, der idealerweise einen europäischen sozialen Akteur schafft.

Einen europäischen sozialen Akteur, der sich gegen die in den EU-Ländern stattfindende und von der deutschen Regierung vorangetriebene Austeritätspolitik wendet?
Ganz genau. Und das ist auch ein wesentlicher Punkt, der den Alter Summit zum Beispiel vom Europäischen Sozialforum unterscheidet, ein neuer Ansatz also, in den wir große Hoffnungen setzen. Bei der Vorbereitung, die inzwischen etwa ein Jahr läuft, haben sich die beteiligten europäischen Initiativen schnell darauf geeinigt, sich auf wenige, klar formulierte Forderungen zu konzentrieren. Im einzelnen sind das zur Zeit – die letzte Entscheidung fällt in den nächsten Wochen – der Umgang mit öffentlichen Schulden, soziale Sicherheit und gute Arbeit, ökologische Transformation, Finanzmarkt- und Bankenregulierung, Steuerpolitik. Also gerade nicht das breite, offene Konzept des Weltsozialforums, bei dem der Austausch und die Vernetzung zwischen den Beteiligten im Mittelpunkt steht, sondern die konkrete Strategieentwicklung.

Woher kommt die Idee?
Entstanden ist die Idee zum Alter Summit vor mehr als einem Jahr im Zusammenhang mit der Joint Social Conference, einem Zusammenhang von etwa 30 europäischen Gewerkschaften und Bewegungen, die 2012 parallel zum Frühjahrsgipfel des Rats der EU eine Konferenz abgehalten haben. Dort wurden konkrete Alternativen zur vermeintlich alternativlosen Austeritätspolitik der Bundesregierung benannt und diskutiert. Um das Ganze auszuweiten, wurde darauf aufbauend der Alter Summit angeschoben.

Wer steht dahinter?
Zu den rund 30 Organisationen, die schon an der Joint Social Conference beteiligt waren, sind mittlerweile weit mehr als 100 Initiativen hinzugekommen. Das sind zum Beispiel zahlreiche Gewerkschaften aus ganz Europa, die Schuldeninitiative ICAN mit ihren Mitgliedsorganisationen aus europäischen Ländern, die britische Coalition of Resistance, Greenpeace, das Tax Justice Network, griechische Initiativen zur Armutsbekämpfung und Gruppen wie die Ökonomen-Initiativen Euromemo, die französischen Economistes Atterrés oder das Transnational Institute. Es hakt allerdings leider noch immer bei der Einbindung von Graswurzelbewegungen. Das hat wahrscheinlich verschiedene Gründe. Zum einen sind Bündnisse wie M15 und Occupy wenig strukturiert, was ihre Einbindung in Prozesse wie den Alter Summit deutlich erschwert. Zum anderen gibt es bei diesen Initiativen eine gewisse Skepsis gegenüber so stark moderierten Prozessen. Wohl als Folge daraus war die Kommunikation zwischen Alter Summit und Graswurzelbewegungen bislang ziemlich schwierig. Aber wir versuchen gerade, diese Lücke zu füllen.

Wie bringen wir uns ein?
Das Europäische Attac-Netzwerk ist in der Vorbereitung des Alter Summit insgesamt stark vertreten, Attac-Chapter aus der gesamten EU sind intensiv beteiligt und stimmen sich miteinander über die Arbeit ab. Zusammen machen wir uns dafür stark, den Alter Summit zu einem breiten, konzentrierten Bündnis auszubauen, das genug Potenzial entwickelt, um eine europäische Stimme zu werden, die sich gegen die gegenwärtige Politik nationaler Reflexe und brutaler „Krisenlösung" erhebt.

Was erwarten wir uns davon?
Von der Konferenz in Athen, für die wir mit rund 2000 TeilnehmerInnen rechnen, erhoffen wir uns zuallererst eine größere Signalwirkung: Vernetzung und Austausch mit weiteren sozialen Initiativen und das Anstoßen der Debatte. Konkret ist für das Treffen die weitere Diskussion der inhaltlichen Punkte und deren Weiterentwicklung geplant. Was bis jetzt nur angerissen ist, soll in Athen konkretisiert werden: Wie genau können wir zum Beispiel die Forderung nach guter Arbeit und sozialer Sicherheit in die Tat umsetzen? Deswegen werden in Athen auch die nächsten Schritte diskutiert. Und schließlich ist auch Athen als Ort für die Konferenz natürlich nicht zufällig gewählt: In Griechenland, das im Würgegriff der Troika eine ungeahnte Verarmungspolitik durchlebt, soll der Alter Summit auch ein Zeichen für die möglichen Alternativen sein.

Interview: **Lena Bröckl**

Zahltag für Superreiche

Eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe kann die Umverteilung von unten nach oben korrigieren

Die aktuelle Krisenpolitik kennt nur ein Lösungskonzept, es muss „gespart“ werden: Es werden Sozialleistungen reduziert, Renten gekürzt, es wird gespart an Löhnen und an vielem Anderem, das für ein menschliches und würdiges Leben Voraussetzung ist. Diese Kürzungspolitik zerstört nicht nur für große Teile der Bevölkerung in vielen Ländern deren Lebensgrundlagen, sie taugt auch nicht zur Überwindung der Krise, sondern verschärft sie noch weiter. Länder wie Griechenland und Portugal werden zugrunde gerichtet. Die Einsparungen führen dort zur Rezession und vertiefen die Krise. Die Wirtschaftskrise, gigantische Bankenrettungs-Aktionen, der europaweite „Wettlauf“ um die niedrigsten Steuern für Großkonzerne und Reiche sowie der Ausbau der Spielräume für Steuervermeidung führen zu einem gigantischen Heranwachsen der Schuldenlast der öffentlichen Haushalte.



Foto: Elisabeth Schreiber

Durch die deutsche Niedriglohnpolitik mit drastischer Senkung der Lohnstückkosten wird zusätzlich externer Druck auf die Ökonomien anderer europäischer Länder ausgeübt. Steuerdumping und Marktliberalisierung sind jedoch in der EU, auch mit der Durchsetzung der Lissabon-Strategie, bewusst vorangetrieben worden. Daran haben vor allem die wirtschaftlich schwächeren Länder zu leiden.

Während die öffentliche Verschuldung steigt, wachsen die privaten Vermögen selbst in der Krise weiter. Die extreme Ungleichverteilung und Konzentration von Reichtum ist sowohl Ursache als auch Folge der Wirtschaftskrise. Die Deregulierung der Finanzmärkte hat diese Entwicklung noch verstärkt.

Eine immer größer werdende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ist im Kapitalismus systemisch verankert. Deswegen sind politische Korrekturen hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit eine Notwendigkeit.

Die Ungleichverteilung des Wohlstands ist nicht nur ein deutsches Problem. In ganz Europa ist das Privatvermögen stark konzentriert. In jedem Land gibt es Superreiche und Profiteure der geltenden Regeln. Etwa neun Prozent der EU-Einwohner verfügen über mehr als 60 Prozent des privaten Geldvermögens. Das reichste eine Prozent hat mehr als 30 Prozent des Gesamtvermögens, während die ärmste Hälfte fast gar nichts besitzt.

Wir wollen die Weichen in Richtung eines solidarischen, sozialen, demokratischen und ökologischen Europa stellen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist ein Abbau der drastischen Ungleichheit in der Gesellschaft. Wir fordern daher viele Maßnahmen der Umverteilung von oben nach unten. In den Mittelpunkt unserer Kampagne stellen wir die Forderung nach einer einmaligen, europaweit koordinierten Vermögensabgabe. Sie sollte in möglichst vielen europäischen Ländern eingeführt werden.

Die Vermögensabgabe sollte alle privaten Vermögen umfassen, also sowohl Finanz- als auch Sachvermögen. Wir konzentrieren uns dabei auf die Gruppe der Millionäre und Milliardäre, die in etwa das reichste eine Prozent der Bevölkerung ausmachen. Sie sind es, die von den Umverteilungs-Mechanismen der neoliberalen Globalisierung profitiert haben.

Innerhalb dieser Gruppe wächst das Vermögen der superreichen Multimillionäre am schnellsten. Deshalb schlagen wir einen Freibetrag von einer Million Euro und eine progressive Staffelung des Abgabesatzes ab 20 Prozent bis zu 80 Prozent für die Superreichen vor. Damit kleine und mittlere Personenbetriebe nicht in eine Finanzierungsklemme geraten, wird für sie ein erhöhter Freibetrag vorgeschlagen. Im Durchschnitt soll mit der Abgabe das Nettovermögen der Millionäre und Milliardäre mit bis zu 50 Prozent belastet werden. Für Sachvermögen und Betriebsvermögen wird eine Laufzeit von zehn Jahren eingeräumt.

Auch das Beispiel Zypern wird zeigen, dass die deregulierten Finanzmärkte und die EU-Politik es den großen Anlegern gestatten, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Die Verluste der beiden größten zyprischen Banken werden entgegen aller Verkündungen wohl nur zum geringen Teil von den großen wohlhabenden Kunden übernommen werden. Viele Anleger haben ihre in Not geratenen Forderungen aus Zyperns Banken längst abgezogen. Deren Risiken werden auch dieses Mal durch drastische Kürzungen und Einsparungen von der Allgemeinheit getragen. Eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe könnte hier zur Minderung der Lasten beitragen. Europaweit, bei denen erhoben, die von den deregulierten Finanzmärkten profitieren, und dort eingesetzt, wo ihre Spekulationen zu drastischer Verschuldung führen.

Eine einmalige Abgabe kann natürlich nicht die systemischen Probleme im finanzgetriebenen Kapitalismus lösen. Die Abgabe kann jedoch den dynamischen Umverteilungsprozess nach oben, der in den letzten 30 bis 40 Jahren stattgefunden hat, teilweise korrigieren.

Die Einnahmen durch eine Vermögensabgabe sollen nicht einseitig zur Schuldenreduzierung der Staaten verwendet werden. Um die Macht der Finanzmärkte zu reduzieren, muss ihnen Kapital entzogen werden. Daher wäre es falsch, die Einnahmen in vollem Umfang an die Gläubiger – Investmentbanken, Fonds etc. – weiterzugeben und so weitere Spekulationen zu finanzieren. Vielmehr muss es darum gehen, die Mittel in den öffentlichen Bereich umzulenken, sie also beispielsweise für Investitionen in Bildung, soziale Sicherungssysteme und Infrastruktur zu verwenden.

Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis

Stärke durch Vielfalt

Die Zeit ist reif für Umfairteilen

Mehr als zwanzig bundesweit aktive Organisationen von Attac über Verdi bis zu Sozialverbänden wie der AWO, dem VdK oder dem Paritätischen Wohlfahrtsverband gemeinsam an einem Tisch und mit wehenden Fahnen für mehr soziale Gerechtigkeit auf den Straßen? Das gab es vorher in dieser Breite und in dieser Form nicht. Es ist ein besonderes Bündnis, das sich im letzten Mai gegründet hat und nun gemeinsam die stärkere Besteuerung von Reichtum in Deutschland fordert. Unterschiedliche Organisationskulturen prallen aufeinander. Und trotz oder gerade wegen aller Unterschiede konnten sich die Bündnispartner in kürzester Zeit auf konkrete Forderungen verständigen, gemeinsam Aktionen gestalten, etwas bewegen. Wir haben Umverteilung zum Wahlkampfthema gemacht. Wir haben erfolgreich über den gigantischen Reichtum in Deutschland aufgeklärt. Und wir haben mit unseren Aktivitäten der Bevölkerung ein Stück weit die Scheu genommen, Reichtum zu thematisieren und Solidarität einzufordern. Die Verteilungsfrage ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Jetzt gilt es, dran zu bleiben, weiter Druck zu machen, damit unsere inhaltlichen Forderungen politische Realität werden.

Steuerpolitik gehörte bisher nicht zu den Kernthemen eines Wohlfahrtsverbandes. Doch Krise und Schuldenbremse haben sich zugespitzt. Die Mitglieder des Paritätischen, Vereine und Einrichtungen der sozialen Arbeit merken in der Praxis ganz konkret, dass und wie sehr die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Den Menschen, mit denen sie tagtäglich zu tun haben, geht es schlechter, und gleichzeitig werden vor Ort Mittel gekürzt, so dass die Rahmenbedingungen für soziale Arbeit immer enger werden. Wenn Haushaltskonsolidierung einseitig über Ausgabenkürzungen betrieben wird, dann sieht die Zukunft für alle düster aus. Die Gesellschaft muss jetzt diskutieren, was sie sich noch leisten will. Einen funktionierenden Sozialstaat? Lebenswerte Kommunen? Reformen in der Bildung, im Sozialen, in der Pflege? Aus dieser Perspektive heraus hat 2010 auch bei uns im Verband die Debatte an Fahrt aufgenommen. Unter dem Dach des Paritätischen sind rund 10.000 Organisationen, von der Elterninitiative über den Pflegedienst bis zur Selbsthilfegruppe aus dem Gesundheitsbereich, organisiert. In unseren Verbandsgremien sitzen Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien. Gemeinsam wurde im innerverbandlichen Diskussionsprozess über zwei Jahre eine Position für eine gerechte Steuerpolitik entwickelt und verabschiedet – die inhaltliche Basis für die Mitwirkung des Paritätischen im Bündnis Umfairteilen.



Annelie Buntenbach (Vorstandsmitglied DGB) und Ulrich Schneider (Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes) am 29.9.2012 in Bochum, Foto: Gwendolyn Stilling

Es ist nicht neu, dass wir als Wohlfahrtsverband protestieren und soziale Missstände kritisieren. Der Paritätische ist seit Jahrzehnten ein sozialpolitischer Akteur, der sich gegen die wachsende Ungleichheit und für soziale Gerechtigkeit engagiert, gesellschaftliche Probleme benennt, den Finger in die Wunde legt. 1989 legte der Verband den ersten Armutsbericht für Deutschland vor, als Armut politisch noch ein Tabuthema war. Dass wir uns heute mit eben solchem Engagement dafür einsetzen, dass auch Reichtum nicht länger tabuisiert und die Verteilungsfrage endlich offen und ehrlich diskutiert wird, ist nur konsequent. Was neu für uns ist, sind die Aktionsformen. Als Paritätischer Gesamtverband haben wir im vergangenen September zum ersten Mal Demonstrationen mit organisiert. Im Herbst gingen viele unserer Mitglieder auf die Straße und haben Seite an Seite mit Attac demonstriert: für eine gerechtere Verteilung des Reichtums in unserem Land und in Europa. Für gelebte Solidarität. Für die Zukunft unseres Sozialstaates. Für die Zukunft unserer Kommunen, die eben nicht nur Wirtschafts- sondern auch Lebensstandort sind.

Die Kampagne Umfairteilen hat viel in Gang gesetzt, gerade auch nach Innen. Und die Lernprozesse finden immer noch statt. Vor Ort sitzen die Attacies zusammen mit den Paritätischen Vertretern und Gewerkschaftern, mit den Naturfreunden, mit der AWO oder kirchlichen Verbänden und überlegen sich Formen, wie wir den gemeinsamen Forderungen Ausdruck verleihen können. Der Aktionstag im April belegt eindrucksvoll, wie vielfältig das Ergebnis in der Praxis aussehen kann: vom Umfairteilen-Gottesdienst bis zur Geldsack-Umfairteilen-Menschenkette, von der Rückwärts-Demo bis zum Umfairteilen-Stadtrundgang, von der Kundgebung bis zum Open-Air-Konzert. Vieles machen wir zum ersten Mal. Vieles lernen aber auch die anderen von uns, beispielsweise die Barrierefreiheit von Veranstaltungen. Diskussionen kommen in Gang, neue Kooperationen entstehen, aus denen etwas wachsen kann. Gerade die Vielfalt der Akteure ist die Stärke dieses Bündnisses. Und wir fangen gerade erst an. Die Zeit ist reif.

Gwendolyn Stilling, Pressesprecherin des Paritätischen Gesamtverbandes und Mitglied im koordinierenden Arbeitsausschuss des Bündnisses „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“

Mehr Informationen:
www.umfairteilen.de

Die große Landnahme in Osteuropa

Eine kleine Recherche in Rumänien



Collage aus einer Investorenpräsentation der Agrar Invest Romania AG

Auf den ersten Blick ist die Szenerie in dem kleinen Dorf am Fuße der Karpaten idyllisch. Schwungvoll kommt der alte, hölzerne Einspänner um die Kurve. In der Mitte des matschigen Platzes steht einer der Dorfbrunnen. Während das Pferd aus dem steinernen Becken trinkt, füllen der Mann und sein kleiner Sohn schon die mitgebrachten Plastikkanister mit Wasser. Fließendes Wasser haben in Hosman nur wenige Haushalte. In der Region lebten über Hunderte von Jahren zahlreiche Deutsche, so dass der Ort in manchen Karten mit dem Namen Holzmengen verzeichnet, die Region in Deutschland auch als Siebenbürgen bekannt ist.

Wenige Meter vom Brunnen entfernt lebt Jochen Contaru, der mit seiner Frau und einem befreundeten Paar auf nachhaltige Dorfentwicklung setzt. In zehn Jahren haben sie eine alte Mühle saniert und eine Bäckerei aufgebaut. Sein Traum ist es, künftig eigenes Getreide zu mahlen – und dafür traditionelle Getreide-Sorten vor Ort anzubauen.
Dafür Ackerflächen zu bekommen ist allerdings schwierig. Zum einen wird im Dorf geschachert. Wer Land an sich bringen kann und ein bisschen was von Bürokratie versteht, kann EU-Subventionen kassieren und sich so ein festes Einkommen sichern. Bei Durchschnittsgehältern von umgerechnet etwa 300 Euro im Monat ist das attraktiv.

Zum anderen gibt es in Siebenbürgen „Biolandgrabbing", wie Jochen sagt. Er meint damit Schweizer Investoren, die für den europäischen Markt Bioprodukte in Rumänien anbauen wollen.
Einiges, was über die ASI Nature Holding – sie ist die größte Anteilseignerin bei der deutschen Biosupermarktkette Basic – im Netz zu finden ist, klingt dabei noch vereinbar mit einer ländlichen Entwicklung. Man gründete zum Beispiel eine Schafsmilch-Molkerei im Nachbarort von Hosmans, in Tichindeal. Aber der Gründer von ASI, Theo Häni, zeichnet auch verantwortlich für Investoren-Werbeschriften, die wenig Zweifel daran lassen, dass es hier vor allem um viel Geld geht.
Gleichermaßen wie in den Publikationen der deutschen Experten für Landkäufe in Rumänien „Germanagrar" und „Agrarius", betont auch Häni für seinen an der Frankfurter Börse gelisteten Fonds „Agrar-Investments": Rumänisches Ackerland ist zukunftsträchtig für Investoren. Getreide werde als Nahrungsmittel und Energieträger überall nachgefragt, die EU schaffe die nötige Rechtssicherheit, und der Landpreis liege mit rund 3000 Euro pro Hektar weit unter den 26.000 Euro, die in Deutschland im Schnitt zu berappen seien.
Die Kehrseite der schönen Investorenwelt erlebt nicht nur der Müller Contaru. 2007 ist Rumänien der EU beigetreten. Seitdem sind die Landpreise dramatisch gestiegen. Lagen sie 2002 noch bei knapp 300 Euro pro Hektar, so sind sie bei dem beworbenen „Schnäppchenpreis" von 3000 Euro pro Hektar für kleine Bauern unerschwinglich geworden. Auch die Preise für Pacht steigen immer weiter. In einem langen Telefonat mit einem Vertreter von Germanagrar betont dieser, dass man im Wesentlichen ungenutztes oder sehr ineffektiv genutztes Ackerland übernähme und dann die hervorragenden Böden endlich richtig bewirtschafte. Auch wenn die Gewinne wieder aus Rumänien abflössen, würden einige Arbeitsplätze geschaffen und Steuern gezahlt.
In Rumänien ist der Widerstand gegen Landgrabbing noch am Anfang. Eco ruralis, die rumänische Partnerorganisation von La Via Campesina, vernetzt Menschen, die sich wehren. Es wird Zeit, denn die EU macht Druck, letzte Erschwernisse für europäische Investoren abzubauen.


In Siebenbürgen, Foto: Monika Sundermann

Jutta Sundermann, Attac-Koordinierungskreis

Zum Weiterlesen:
Evelyn Bahn / Timo Kaphengst
Land Grabbing
Der globale Wettlauf um Agrarland
AttacBasisTexte 40

Der Basistext beleuchtet die Hintergründe und Akteure des globalen Wettlaufs um Ackerland und zeigt die Konsequenzen für lokale Gemeinschaften, Bauern und die Umwelt.

www.shop.attac.de



Jecken verteilen um, Foto: Herbert Sauerwein



Nahrungsmittelspekulation, Foto: Oxfam

Rückblick

11. Februar 2013

Jecken verteilen um

Unter dem Motto „Ömverdeile deit Nut – he und am Zockerhut" machen die Politjecken der Pappnasen Rotschwarz und Attac-AktivistInnen Stimmung für „Umfairteilen". Sie bringen beim Rosenmontagszug tausende „Gut- und Bösscheine" unter das närrische Volk. Darauf stehen satirisch-konstruktive Vorschläge, wie die fünf Billionen Euro Barvermögen auf deutschen Konten sinnvoll genutzt und fair verteilt werden könnten.

13. Februar 2013

Neonazi-Aufmarsch in Dresden verhindert

Zum vierten Mal in Folge gelingt es, den Aufmarsch der Neonazis aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung Dresdens zu blockieren. An mehreren Blockadepunkten versammeln sich tausende AntifaschistInnen und machen so den „Trauermarsch" der Nazis unmöglich. Dazu aufgerufen hat das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer".

5. März 2013

Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21

Attac reagiert auf die Entscheidung der Bahn-Aufsichtsräte, das Großprojekt fortzuführen. Mindestens 6,5 Milliarden Euro wird Stuttgart 21 kosten, doppelt so viel, wie 2009 prognostiziert. Trotzdem halten Bundesregierung und Deutsche Bahn an dem Projekt fest, anstatt das Geld in eine zukunftsgewandte, öffentliche Mobilitätsinfrastruktur zu investieren, die sich an den Bedürfnissen der BürgerInnen orientiert. Gefordert werden unter anderem der Ausbau des Schienennetzes und besser getaktete Verbindungen im Regional- und Schienenverkehr.

6. März 2013

Geschönter Armuts- und Reichtumsbericht

Das monatelange Possenspiel der Bundesregierung um den Armuts- und Reichtumsbericht führen AktivistInnen des Bündnisses Umfairteilen, darunter Attacies, mit einer Aktion vor dem Bundeskanzleramt vor Augen: Eine Person mit einer Maske von Vizekanzler Philipp Rösler verfälscht mit Farbeimer und Pinsel an großen Texttafeln zentrale Aussagen des Berichts. Dagegen protestieren BürgerInnen mit Schildern und Sprechchören. Anlass für die Protestaktion ist die Verabschiedung des Berichts im Bundeskabinett.

9. März 2013

Zwei Jahre nach Fukushima

Anlässlich des zweiten Jahrestags der Reaktorkatastrophe von Fukushima demonstrieren rund 28.000 Menschen an vier Atom-Standorten in Deutschland. Zentrale Forderungen sind das sofortige Abschalten alle Atomkraftwerke, und zwar nicht erst 2022, die Schließung der Uranfabriken Gronau (NRW) und Lingen (Niedersachsen) sowie die Lösung der Atommüllfrage.

12. März 2013

Attac sagt Nein zum geplanten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit"

Kurz vor dem EU-Gipfel äußert das Europäische Attac-Netzwerk seine Besorgnis über den von Angela Merkel beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos lancierten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit". In einem Offenen Brief von Attac an die Bundeskanzlerin heißt es unter anderem: „Dieser Pakt würde einen weiteren Schritt des neoliberalen und autoritären Umbaus der EU und insbesondere der Eurozone darstellen." www.kurzlink.de/Merkel_Brief

19. März 2013

Das so genannte Hilfspaket für Zypern

Um für die Rettung seiner Banken europäische Hilfszahlungen zu erhalten, hat die zyprische Regierung eine Zwangsabgabe auf Spareinlagen ab einer Höhe von 100.000 Euro Vermögen beschlossen. Die Absicht, Steuerflüchtlinge mit der Abgabe zu belasten, wird nach Ansicht von Attac damit kaum erreicht. Grundsätzlich muss der Teufelskreis, dass Bankenschulden zu Staatsschulden werden, mit einem Beitrag der Vermögenden durchbrochen, muss endlich europaweit umverteilt werden.

19. März 2013

Keine Geschäfte mit dem Hunger

Zwei Finanz-Spekulanten thronen auf einem Berg aus prall gefüllten Getreidesäcken. Mit überdimensionierten Spielkarten, die statt Herz oder Karo Nahrungsmittel wie Mais oder Weizen zeigen, zocken sie um Gewinne durch schwankende Lebensmittelpreise. Mit diesem Aktionsbild protestiert ein Bündnis aus Entwicklungs- und Kampagnenorganisationen – darunter Attac – gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Es werden mehr als 240.000 Unterschriften an das Bundesfinanzministerium übergeben. Wolfgang Schäuble wird aufgefordert, Spekulationen an den Agrarrohstoffmärkten streng zu regulieren.

26. bis 30. März 2013

Widerstand gegen Armutspolitik beim WSF in Tunis

Das Weltsozialforum (WSF) findet erstmalig in einem arabischen Land statt. Zwei Jahre nach der Revolution in Tunesien protestieren und diskutieren 50.000 TeilnehmerInnen aus 127 Ländern fünf Tage lang in Tunis. Auch Aktive von Attac Deutschland sind mit dabei. Der aufrührerische Geist des arabischen Frühlings habe auch die sozialen Bewegungen im Rest der Welt erreicht, lautet ein Resümee.

4. April 2013

Enthüllung geheimer Steueroasen

Nach der Enthüllung eines Datensatzes über geheime Geschäfte in insgesamt zehn internationalen Steueroasen fordern Attac und das Netzwerk Steuergerechtigkeit die Bundesregierung auf, ihren Widerstand gegen das Online-Register für Briefkastenfirmen in der



Ran an die Superreichen, Foto: Elisabeth Schreiber

Europäischen Union sowie gegen einen umfassenden automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden oder eine Informationspflicht von Banken und anderen Finanzakteuren endlich aufzugeben. Beide Netzwerke weisen darauf hin, dass Deutschland selbst unter den weltweiten Top Ten der Schattenfinanzplätze rangiert.

8. April bis 13. April 2013

Demokratische Bewegungen in Spanien

Sechs hessische Attac-Regionalgruppen organisieren Veranstaltungen mit Matteo Guainazzi von Attac Spanien. Er spricht über die Ursachen der Krise in Spanien, die aktuelle gesellschaftliche Situation sowie neue soziale Bewegungen und Bürgernetzwerke.

9. bis 19. April 2013

Fotoausstellung zu Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa

Seit 2009 tourt die Fotoausstellung „Räume der Offshore-Welt" durch Deutschland und Österreich. Die Attac-AG Finanzmärkte und Steuern gehört zum Ausstellungsprojektteam. Vom 9. bis 19. April macht sie Station in Bozen/Südtirol. Mit dem Stichwort „Steueroase" werden oftmals sonnige Strände auf abgeschiedenen Inseln und Diskretion assoziiert. Fotos von Briefkastenfirmen, Profiteuren, öffentlicher Armut, der Welt der Statussymbole und grauen Berater-Mäusen sowie Hintergrundinfos zeigen, wie die Räume der Offshore-Welt wirklich aussehen.

13. April 2013

Bundesweiter Aktionstag „Umfairteilen"

In rund 100 Städten setzen AktivistInnen der 24 bündnisbeteiligten Organisationen informativ und kreativ Zeichen gegen die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa. Von Kiel bis Rosenheim, von Aachen bis Bautzen bringen die Protestierenden mit satirischen Reichendemonstrationen, Straßentheater, Menschenketten, Performances, Flashmobs und anderen Aktionsformen sowie Informationsständen und Unterschriftenaktionen die Bündnisforderung zum Ausdruck, den Reichtum stärker zu besteuern.

13. April 2013

Ran an die Superreichen – neue Attac-Kampagne

Am Tag des Bündnis-Aktionstages „Umfairteilen" startet auch die neue Attac-Kampagne „Gutes Leben für alle – Ran an den Speck!" mit einer Aktion in Frankfurt: Rebellische Mäuse drehen den Spieß um und treiben Superreiche in eine riesige Mausefalle. Die Kampagne fordert eine europaweit koordinierte, einmalige Vermögensabgabe in einer Höhe von bis zu 80 Prozent vom reichsten einen Prozent der Bevölkerung.

Ausblick

8. bis 12. Mai 2013

Attac-Aktionsakademie in Hamburg

Die Aktionsakademie bietet sowohl EinsteigerInnen als auch erfahrenen AktivistInnen eine tolle Möglichkeit, neue politische Aktionsformen kennen zu lernen oder die „Klassiker" wiederzuentdecken: politisches Straßentheater, Aktionsklettern, Sambatrommeln, Ziviler Ungehorsam, Anketten, die Vor- und Nachbereitung von Aktionen und vieles mehr. Ort ist dieses Jahr die Stadtteilschule Walddörfer in Hamburg-Volksdorf.

10. Mai 2013

Schiffsdemo in Hamburg: Keine Kohle aus Kolumbien nach Moorburg

Das Bündnis „Gegenstrom13", in dem auch die Attac-AG Energie-Klima-Umwelt engagiert ist, will in Booten und Schiffen gegen Kohle aus Kolumbien und die Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerks Moorburg demonstrieren und symbolisch die Elbe blockieren. Das Vattenfall-Werk soll 2014 ans Netz gehen – mit gravierenden ökologischen Folgen. Die Kohle würde überwiegend aus Kolumbien kommen, wo ein blutiger Bürgerkrieg geführt und für den Kohleabbau massiv vertrieben und gemordet wird.

16. Mai 2013

Berlin: Der Energietisch stellt sich vor

Aktive der AG Energie von Attac Berlin und andere stellen das Volksbegehren des Energietischs in Berlin-Friedrichshain vor. Es sieht die Rekommunalisierung der Stromnetze und die Gründung eines berlineigenen Stadtwerkes vor. Bis zum 10. Juni muss das Bündnis aus über 50 Organisationen 200.000 Unterschriften sammeln, damit die BerlinerInnen zur Bundestagswahl über die künftige Energieversorgung ihrer Stadt in einem Volksentscheid abstimmen können.

24. bis 26. Mai 2013

Großer Kongress zu Verteilungsgerechtigkeit in der TU Berlin

Ein Bündnis, dem auch Attac angehört, lädt alle Interessierten zum großangelegten Kongress „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit" in die Technische Universität Berlin ein. In zahlreichen Foren und Workshops diskutieren und entwickeln die TeilnehmerInnen gemeinsam mit internationalen ReferentInnen Strategien und Instrumente für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Den Einstiegsvortrag hält Richard Wilkinson, Gesundheitsökonom und Co-Autor des Buchs „Gleichheit ist Glück".

31. Mai bis 1. Juni 2013

Blockupy-Aktionstage

Die Aktiven im Blockupy-Bündnis treiben die Vorbereitungen der Aktionstage weiter voran. Für Freitag, den 31. Mai, sind massenhafte Blockaden der Europäischen Zentralbank und weitere Aktionen im Frankfurter Stadtgebiet geplant. Für Samstag, den 1. Juni, ruft das Bündnis zu einer großen internationalen Demonstration auf. Im vergangenen Jahr beteiligten sich 30.000 Menschen an der Blockupy-Demo.

24. bis 28. Juli 2013

Sommerakademie in Hamburg-Bergedorf

Mehrere hundert Attac-Aktive und andere bewegte Menschen werden sich fünf Tage lang in Seminaren und Workshops austauschen, voneinander und miteinander lernen, diskutieren, nach Wegen aus globalen und lokalen Krisen suchen und die Handlungsfähigkeit sozialer Bewegungen weiterentwickeln. Daneben gibt es ein buntes Kulturprogramm.

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

Menschen in Attac

Die Frau hinter der SoAk

Mit starken Nerven und viel Humor koordiniert Carolin Franta die nächste Sommerakademie



Carolin Franta ist Politologin, 45 Jahre alt und Attac-Mitglied der ersten Stunde. Bekannt ist sie vielen aus Attac aber vor allem als eine wichtige Koordinatorin von Attac-Kongressen und Sommerakademien (SoAk). Ein guter Grund, sie auch einmal vor die Kulissen treten zu lassen.

Carolin, wie hat das eigentlich angefangen mit Dir, Attac und der Sommerakademie?
Ich habe vor 12 Jahren die Attac-Gruppe Karlsruhe gemeinsam mit vielen anderen aufgebaut. Eine meiner ersten Aufgaben für die neu geborene Gruppe war, den Gründungskongress mit zu organisieren. Wir rechneten mit 50 Menschen – es kamen über 200. In dem ganzen Chaos mit völlig überfüllten Seminarräumen, zu wenig Essen und überforderten HelferInnen bin ich wohl irgendwie aufgefallen durch meine Ruhe, den (geschickt vorgetäuschten) Überblick und meinen Humor. Das sind ziemlich nützliche Eigenschaften, wenn man Veranstaltungsplanung macht! Und so bin ich dann gefragt worden, ob ich nicht Lust hätte, mal eine Sommerakademie zu organisieren. Klar hatte ich Lust! Und beinahe die ganze Karlsruher Attac-Gruppe hat sich Hals-über-Kopf und mit Riesen-Enthusiasmus in die Planungen gestürzt. Das war 2006. Das gesamte Orga-Team war zwar hinterher urlaubsreif, aber uns allen war klar – das machen wir wieder! Und so haben wir 2009 die zweite SoAk in Karlsruhe auf die Beine gestellt. Mit genauso viel Begeisterung, aber viel mehr Ahnung und sogar schon ein bisschen Routine – und es war bestimmt nicht unsere letzte.

SoAk-Vorbereitungen und „daneben" noch aktiv in der Ortsgruppe – woher nimmst Du Deine Motivation dafür?
Die Karlsruher Attacies sind wirklich ein fitter Haufen. Da läuft immer ein tolles Projekt – Sommerakademie, Filmfestivals, Diskussionsveranstaltungen, Kongresse wie der Kinderarmut-Kongress – die können wirklich alles, sogar hochdeutsch (lacht). Was mich immer wieder begeistert: dieser Zusammenhalt in einer Gruppe, wenn man gemeinsam ein Großprojekt stemmt. Wie plötzlich Menschen, die in der Gruppe immer eher zu den Stillen gehört haben, tolle Ideen entwickeln, Schüchterne auf einmal auf einer Bühne stehen und die, die sonst nie Zeit haben, dann quasi rund um die Uhr für die Sache im Einsatz sind. Bei uns in der Gruppe sind auf diese Weise schon richtige Talente entdeckt worden und auch Freundschaften entstanden.

Und das Schöne an der Sommerakademie?
Das Besondere an der SoAk ist ihre Vielfalt – die Vielfalt im Programm, aber auch der Menschen, die in der Vorbereitungsgruppe mitarbeiten und die als TeilnehmerInnen kommen. So lerne ich neue Leute kennen aus anderen Städten, Ländern, Attac-Gruppen, anderen politischen Zusammenhängen. Oft wachsen mir die Aktiven aus der Vorbereitungsgruppe während der monatelangen Planungen so ans Herz, dass ich ihnen verbunden bleibe. Und ganz besonders freut es mich immer, wenn auch Menschen kommen, die zum ersten Mal bei Attac „reinschnuppern". Und dann vielleicht sogar dabeibleiben.
Auch bei der SoAk-Planung kann ich immer wieder miterleben, wie engagierte Aktive über sich hinaus wachsen und mit Gelassenheit und Humor ein anspruchsvolles Programm entwickeln und es schaffen, Wohlfühl-Atmosphäre zu verbreiten. Und das nicht nur mit knappem Budget, sondern auch durchgearbeiteten Wochenenden und Nachtschichten, die z. B. bei der Programmheft-Redaktion oft eingelegt werden. Und trotzdem verlieren wir weder die Nerven noch den Humor, wenn kurz vor SoAk-Beginn die üblichen Verdächtigen anrufen und noch schnell ein dreitägiges Seminar organisiert haben wollen, oder sich herausstellt, dass der Beamer in der Aula am Eröffnungsabend nicht funktioniert, oder die Dolmetschtechnik versagt, oder gut zweihundert Menschen mehr zum Essen da sind als sich angemeldet hatten – das macht es erst so richtig schön spannend!

Was erwartet uns in diesem Jahr?
Wie immer ein tolles, anspruchsvolles und vielfältiges Programm rund um die Attac-Themen Ökonomie, Ökologie und Demokratie. Ein super Kulturprogramm mit Musik, Kabarett und noch viel mehr. Und es erwarten Euch nette Bergedorfer Attacies und ein sympathisches Team, das sich jetzt schon sehr auf Euch freut!

Interview: **Jule Axmann**

Analysen. Alternativen. Aktionen.

Attac-Sommerakademie 24. bis 28. Juli 2013 in Hamburg-Bergedorf



Die Macht der Märkte und die Ungleichverteilung nehmen weiter zu, unter Maßgabe der Schuldensenkung werden zunehmend öffentliche Güter verhökert und Sozialsysteme in ganz Europa geschliffen. Die reichsten Länder der Welt sichern sich den Zugriff auf Rohstoffe, und Schulen, Universitäten und die Arbeitswelt werden immer stärker nach wirtschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet. Doch jetzt sind neue Töne zu hören: Statt auf freie Märkte zu schwören, retten und verstaatlichen nun Regierungen auf einmal Banken. Immer häufiger ist die Rede von einer „verantwortungsvollen" Globalisierung. Globalisierung 2.0 oder alles beim Alten?
In vielen spannenden Podien, Foren und Workshops wollen wir dazu arbeiten, lernen und diskutieren. Mehr Informationen und die Möglichkeit, sich anzumelden, finden sich ab sofort auf:
www.attac.de/sommerakademie

Teilnahmebeitrag 110 EUR, ermäßigt 90 EUR, Solibeitrag 130 EUR – Frühbucherrabatt für Schnellentschlossene!

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

31. Mai und 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main

Blockupy

Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes



Foto: Elisabeth Schreiber

Blockupy Frankfurt kommt wieder! Schon im vergangenen Jahr hat das bundesweite Bündnis, in dem zahlreiche Gruppen (u. a. Gewerkschaften, Friedens- und Nord-Süd-Initiativen), Organisationen und auch Attac-AktivistInnen mitarbeiten, für großes Aufsehen gesorgt. Auch 2013 ruft Blockupy zu europäischen Tagen des Protests gegen das Krisenregime der Europäischen Union auf. Am 31. Mai und 1. Juni soll der Widerstand erneut in eines der Zentren des Krisenregimes getragen werden: an den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) und vieler deutscher Banken und Konzerne – den Profiteuren dieser Politik. Blockupy setzt dagegen ein Zeichen internationaler Solidarität.

Das sind die Blockupy-Proteste am 31. Mai und 1. Juni:
Demonstriert mit uns am Samstag! Eine internationale Großdemonstration gegen die Verarmungspolitik der Troika, gegen Sozialabbau ist angemeldet, sie soll bunt, laut und entschlossen sein. Alle können sich ohne Bedenken beteiligen. Zusammen zeigen wir auf den Straßen Frankfurts eine grenzüberschreitende, solidarische Bewegung, in der Nationalismus und Rassismus keinen Platz haben.
Attac ist an einem attraktiven Veranstaltungsprogramm beteiligt: Wir wollen über die Gründe unseres Protests gegen die Krisenpolitik und über unser Engagement für europäische Solidarität aufklären. Dazu sind Podiumsdiskussionen, Workshops und kulturelle Beiträge geplant.
Zudem werden Attac-Aktive an der Blockade der EZB am Freitag teilnehmen und dazu schon am Donnerstagnachmittag anreisen. Diese Aktiven haben für sich entschieden, dass aufgrund der existentiellen Folgen der Krisenpolitik der Schritt vom Protest zum Zivilen Ungehorsam nötig ist. Sie folgen dem Aufruf des Blockupy-Bündnisses, „mit kreativen Hilfsmitteln wie Großpuppen oder Absperrbändern, mit Transparenten, klassischen Sitzblockaden, Trommeln oder Straßentheater […] die EZB und alles, für was sie steht, ‚ein[zu]sperren'."

Wer sich an den verschiedenen Protesten beteiligen will, kann sich im Internet und vor Ort bei Anlaufstellen und Infopunkten informieren. Um sich mit anderen Attacies zusammenzufinden oder bei der Organisation der Demo mitzuhelfen, meldet Euch bitte per Mail an: maimobi@attac.de. Für die Mobilisierung im Vorfeld hat das Bündnis Flyer und weitere Materialien erstellt, die über dessen Webseite bezogen werden können; dort lässt sich auch der Aufruf unterzeichnen. Unter dem Menüpunkt Termine findet sich eine Liste von Vorfeldveranstaltungen, außerdem soll in Kürze eine Busbörse bereitgestellt werden. Es lohnt sich aber auch, bei der lokalen Attac-Gruppe direkt nachzufragen: Anlässlich Blockupy 2012 haben sich in vielen Städten Krisenbündnisse gegründet, die immer noch aktiv sind.

www.blockupy-frankfurt.org
www.attac.de/blockupy2013

Zum Einlesen: „Blockupy – Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone" – Rückschau auf die vier Aktionstage im Frühjahr 2012
www.shop.attac.de

Kongress vom 24. bis 26. Mai 2013 in Berlin

Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit.



Foto: echtfotografie.de

Gigantischer privater Reichtum und wenige Superreiche auf der einen, dramatisch zunehmende Armut, leere öffentliche Kassen und viele Menschen, die das Nachsehen haben auf der anderen Seite – diese Wirklichkeit gefährdet unsere Gesellschaft und ist zugleich die Lunte am Pulverfass Eurokrise. Über diese Wirklichkeit müssen wir sprechen und laden alle interessierten Menschen zum Kongress „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit." vom 24. bis zum 26. Mai 2013 nach Berlin ein.
Im Angesicht der Krise regiert der Rotstift: Öffentliche Ausgaben, Investitionen in Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur oder Umwelt, aber auch demokratische Entscheidungswege werden gestrichen. Löhne und Renten werden gekürzt, und die Arbeitsbedingungen für diejenigen, die überhaupt noch in Arbeit sind, verschlechtern sich dramatisch.
In allen Euroländern gilt der Kampf einer angeblich laxen Haushaltspolitik. Finanzmärkte als Krisenauslöser verschwinden im Hintergrund. Hochriskante Finanzmarktspekulationen bleiben unreguliert. Doch damit wird die Krise nicht überwunden, die weltweite Armut wächst weiter, und der Demokratieabbau verschärft sich.
Den Prozess der Umverteilung „von unten nach oben" gilt es umzukehren; ein radikaler Kurswechsel ist notwendig. Der Kongress bietet ein Forum mit vielen Möglichkeiten für jede und jeden, sich einzubringen und Alternativen und konkrete Handlungsansätze zu erarbeiten. In 11 Foren und 80 Workshops werden wir gemeinsam mit Gästen aus dem In- und Ausland Strategien und Instrumente für mehr Verteilungsgerechtigkeit entwickeln, damit es nach dem Kongress energiegeladen weitergehen kann. Den Auftakt macht Richard Wilkinson, Gesundheitsökonom und Gleichheitsforscher aus Großbritannien. Mit dabei sind weitere Gäste aus dem In- und Ausland wie Brian Ashley, John Christensen, Heiner Flassbeck, Marica Frangakis, Michael Hartmann, Ulrike Herrmann, Özlem Onaran, Ulrich Brand oder VertreterInnen aus den Trägerorganisationen wie Brigitte Unger, Ulrich Schneider, Alexis Passadakis, Annelie Buntenbach oder Frank Bsirske. Wir freuen uns auf eine lebhafte Debatte mit Dir und Ihnen!

www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu

Aus dem Attac-Shop



Harald Schumann: Die Hungermacher. Wie Deutsche Bank, Allianz und Co. auf Kosten der Ärmsten mit Nahrungsmitteln spekulieren. Ein foodwatch-Buch.

In den vergangenen zwei Jahren sorgten verschiedene Organisationen wie Foodwatch mit ihrer Kampagne „Die Hungermacher" oder Attac im Bankwechselbündnis für Schlagzeilen gegen Nahrungsmittelspekulation. Mit verschiedenen Aktionen wurden die Hungerprofite der Großbanken, u. a. der Deutschen Bank, und deren Verantwortung für steigende Lebensmittelpreise in die öffentliche Diskussion gebracht.
In „Der Hungermacher" erklärt Harald Schumann leicht verständlich, was sich an den Rohstoffbörsen abspielt und wie die dort getätigten Geschäfte mit dem weltweit zunehmenden Hunger und der Armut zusammenhängen. Zudem dokumentiert Schumann, wie die Deutsche Bank auf die Foodwatch-Kampagne reagierte und was bislang die Konsequenzen sind. Daraus ergeben sich ganz klare Forderungen an die Politik. Ein wichtiges Buch – ernüchternd und schockierend.
Harald Schumann ist Journalist und Buchautor und arbeitet als Redakteur beim Tagesspiegel in Berlin. Er verfolgt seit vielen Jahren das Geschehen auf den internationalen Finanzmärkten und berichtete über deren Verflechtung und Wechselwirkung mit der Politik, so auch beim Bankentribunal von Attac im April 2010 in Berlin.

Broschiert, 192 S., 9,99 EUR [2330]



INKOTA netzwerk: Südlink 163 Die Macht der Finanzindustrie. Hohe Renditen und schwache Reformen.

Haben Sie ein paar Millionen übrig und suchen lukrative Anlagemöglichkeiten? In dieser Broschüre werden Sie fündig! Sie dürfen nur keine Skrupel haben, dass Sie dazu beitragen, dass ganze Staaten in den Ruin getrieben werden und diese in der Folge zum Beispiel LehrerInnen entlassen und Krankenhäuser schließen müssen.
Es ist skandalös: Auf den Finanzmärkten entscheidet sich das Schicksal ganzer Länder, doch es geht zu wie in einem Kasino. Saftige Gewinnchancen winken, doch die Risiken sind ebenfalls hoch. Seit mit der Pleite von Lehman Brothers 2008 die letzte große Finanzkrise begann, wurde viel von nötigen Veränderungen gesprochen.
Passiert ist aber nur wenig. Aus den angekündigten Reformen wurden Reförmchen, wenn überhaupt. Die Lobby der Finanzindustrie hat ganze Arbeit geleistet. Immerhin einen Lichtblick gibt es: Die Finanztransaktionssteuer ist auf einem guten Weg.
Das Heft enthält ein Dossier zur Macht der Finanzindustrie mit Beiträgen u. a. zur Wirksamkeit von Finanzmarktreformen (Peter Wahl), Geldwäsche in Mexiko (José Reveles), Widerstand gegen Zwangsräumungen in Kalifornien (Leslie Redford), Geschlechtergerechtigkeit in Krisensituationen (Alicia Girón) und Investorenklagen als Geschäftsmodell (Pia Eberhardt).

Broschüre, 44 S., 3,80 EUR [3315]

Wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
telefonisch unter: 069–900 281–10
per Fax an: 069–900 281–99
oder per E-Mail an: info@attac.de
Bitte, so vorhanden,
die [Artikelnummer] angeben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.
Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.
Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

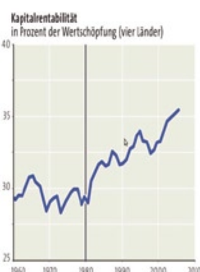
Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Dörthe Krohn,
Mike Nagler, Karsten Peters,
Werner Rätz, Gabriele Rohmann,
Kay Schulze
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Sand im Getriebe

SiG 100

Dialektik der Globalisierung: So viel Wandel war nie







„Sand im Getriebe“ bietet seit 2001 Raum für die strategischen und taktischen Debatten innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung, deren Teil die Attac-Bewegung ist. In dieser hundertsten Ausgabe von „Sand im Getriebe“ stellen wir **einige wichtige Artikel der letzten Jahre** zusammen und verweisen auf manche andere SiG-Veröffentlichungen.

Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung

PDF-Version:
www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig

Einzelne Artikel:
http://sandimgetriebe.attac.at

Mail an die Redaktion:
sig@attac.de

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Internationale Solidarität statt EU-Verarmungsprogramm!

„Wir schätzen den Kampf über alles, der heute hier in Frankfurt ausgetragen wird, im Domizil der Troika und an dem zentralen Ausgangspunkt für die Gegenwart und die Zukunft der Europäischen Union", sagte Bernardino Aranda von Attac Portugal in seiner Rede auf der Blockupy-Abschlussdemonstration im Mai vergangenen Jahres. Er brachte auf den Punkt, warum die Protesttage für die Menschen in den Bewegungen der krisengeschüttelten Länder ein so wichtiges, stärkendes Signal war: „Wir schätzen besonders den Kampf unserer Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen in Deutschland. Denn obwohl sie in einer der reichsten Gegenden Europas leben und nicht direkt von den negativen Auswirkungen der Währungs- und Devisenpolitik der EZB betroffen sind, kämpfen sie dennoch mit aller Hingabe für ein Europa der Solidarität, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie. – Vielen Dank!"
Diese vier Tage des Protests gegen die autoritäre Kürzungspolitik der Troika wirkten über Grenzen hinweg und zeigten: Die von der deutschen Regierung maßgeblich mitgestaltete fatale politische Richtungsentscheidung, die Menschen am unteren Einkommensende verarmen lässt, statt die großen Vermögen zur Finanzierung der Krisenfolgen heranzuziehen, geschieht nicht in unserem Namen.
Im vergangenen Jahr ist es mit Blockupy zwar gelungen, ein starkes Zeichen internationaler Solidarität zu senden; den öffentlichen Streit um die Krisenpolitik zu entfachen, wie es geplant war, ist dagegen nicht gelungen; zu stark drängte sich der autoritäre Umgang mit den Protesten in den Fokus des medialen Interesses. Doch in diesem Jahr geht es weiter, und wir freuen uns auf eine starke Beteiligung!
Und wie im vergangenen Jahr steht und fällt der Erfolg von Blockupy nicht nur mit dem Engagement vor Ort – die AktivistInnen brauchen dringend finanzielle Unterstützung, um das große Projekt wie inhaltliche Veranstaltungen oder die Abschlussdemonstration stemmen zu können! Bitte helft mit, dass das Projekt nicht an fehlendem Geld scheitert und spendet, entweder mit Hilfe des unten angehängten Überweisungsträgers oder unter: www.attac.de/spenden

Jeder Betrag ist eine wichtige Hilfe – vielen Dank!

BLOCKUPY





Widerstand im Herzen
des europäischen Krisenregimes
31. Mai. & 1. Juni 2013
Frankfurt am Main
blockupy-frankfurt.org

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Begünstigter
Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr. des Begünstigten
800 100 800
Kreditinstitut des Begünstigten
GLS Gemeinschaftsbank eG
Betrag: Euro, Cent
EUR
Kunden-Referenznummer
- noch Verwendungszweck (nur für Begünstigten)
RBF1302-S
Kontoinhaber/Einzahler: Name

(Quittung bei Bareinzahlung)

Überweisung/Zahlschein

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts
Bankleitzahl

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)
Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr. des Begünstigten
800 100 800
Bankleitzahl
430 609 67
Kreditinstitut des Begünstigten
GLS Gemeinschaftsbank eG
EUR
Betrag: Euro, Cent:
Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)
RBF1302-S
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen ŕ 27 Stellen)
Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)
Konto-Nr. des Kontoinhabers

SPENDE

Datum, Unterschrift